

**Drucksachen der
Bezirksverordnetenversammlung
Lichtenberg von Berlin
VI. Wahlperiode**



Antrag zur Beschlussfassung Ursprungsdrucksachenart: Antrag zur Beschlussfassung Ursprungsinitiator: Fraktion DIE LINKE.	Drucksachen-Nr: DS/1759/VI Datum: 24.06.2010				
Nachteile durch Wohngeldbezug reduzieren					
Beratungsfolge: <table><thead><tr><th><u>Datum</u></th><th><u>Gremium / Ergebnis</u></th></tr></thead><tbody><tr><td>24.06.2010</td><td>BVV BVV-42/VI</td></tr></tbody></table>		<u>Datum</u>	<u>Gremium / Ergebnis</u>	24.06.2010	BVV BVV-42/VI
<u>Datum</u>	<u>Gremium / Ergebnis</u>				
24.06.2010	BVV BVV-42/VI				

Die Bezirksverordnetenversammlung wolle beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht sich beim Senat dafür einzusetzen, dass der Berechtigtenkreis für den „berlinpass“ um die Personen erweitert wird, die infolge der Wohngeldnovelle aus dem Leistungsbezug nach SGB II bzw. SGB XII herausfallen und bei denen die Differenz zwischen dem Einkommen plus Wohngeld und der vorherigen Leistung nach SGB II bzw. XII nicht größer ist als die Mehrkosten, die durch den Kauf einer Monatskarte statt des Berlin-Ticket S (Differenz zurzeit 38,50 Euro) entstehen.

Begründung:

Die vom Gesetzgeber bestimmte Nachrangigkeit von Leistungen nach SGB II bzw. XII hat zur Folge, dass Personen zwingend in den Wohngeldbezug wechseln müssen, wenn sich damit ihr Einkommen gegenüber dem bisherigen Sozialgeld-Bezug erhöht. Wenn diese Erhöhung nur sehr gering ist und nicht einmal die Höhe der Kosten für das BVG-Sozialticket erreicht, werden die betreffenden Personen deutlich schlechter gestellt als im Leistungsbezug.

Ein Beschluss der BVV vom Januar 2009, der anregte, den Berechtigtenkreis für den „berlinpass“, einschließlich Sozialticket, auf alle Personen auszudehnen, die vom Leistungsbezug in den Wohngeldbezug wechseln, wurde vom Senat mit dem Hinweis auf hohe Kosten abgelehnt. Der Bezug auf die Kosten des Sozialtickets schränkt den betroffenen Personenkreis weiter ein und würde denen helfen, die z. B. mit Wohngeld 5 Euro mehr erhalten und deshalb den Anspruch auf das Sozialticket verlieren. Darüber hinaus würde das auch der BVG helfen, Kundinnen und Kunden zu halten.

Initiator: **Fraktion DIE LINKE.**